

## Fraktionsbeschluss vom 13. April 2021

# Zukunftsland – Mit Mut, Freiheit und Vielfalt für nachhaltige Innovationen

Mit Mut, Freiheit und Vielfalt, mit Neugier und Lust auf Erneuerung brechen wir auf ins Zukunftsland. Wir leben schon heute von der Schaffenskraft und Kreativität der Menschen in Unternehmen, Universitäten, sozialen Einrichtungen und Vereinen. Der Staat kann Innovationen nicht verordnen, aber er kann und muss beste Bedingungen bieten. Gerade jetzt.

Mitten in der Krise braucht es eine mutige, nachhaltige und partizipative Innovationspolitik. Wir müssen heraus aus eingefahrenen Mustern und starren Förderstrukturen, hin zu einem umfassenden Verständnis von technologischen, sozialen und ökologischen Innovationen, um die riesigen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Wissenschaft und Forschung stehen im Zentrum, wenn wir das Wirtschaften und Konsumieren innerhalb der planetaren Grenzen sichern, das Pariser Klimaabkommen einhalten und die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen erreichen wollen.

Forschungsfreiheit ist die Grundlage, um Lösungen für Probleme zu entwickeln, die wir heute noch gar nicht in Gänze kennen – egal ob in Wissenschaft oder Wirtschaft. Wir müssen neueste Technologien in Europa frühzeitig und souverän entwickeln, ihre Anwendung im Sinne des europäisch verankerten Vorsorgeprinzips verantwortungsvoll regeln und damit den sozial-ökologischen Wandel meistern. Wir brauchen Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe, um alle Ideen zu mobilisieren und unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen. Gerade die Einbeziehung unterschiedlichster Perspektiven, kultureller und sozialer Erfahrungen und Herkünfte ist entscheidend dafür, dass Innovationen tatsächlich Lösungen für die unterschiedlichen Problemlagen global, regional und national bieten können.

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern muss, wo immer möglich, von vornherein und im Prozess mitgedacht und gefördert werden. Offenheit und offene Standards sind die zentralen Voraussetzungen für gemeinwohlorientierte Innovationen. Und wir brauchen eine neue Verwaltungskultur und -struktur, die ermöglicht und voranschreitet statt ausbremst.

Dafür reicht keine Feinjustierung hier und da, **dafür brauchen wir das Projekt Zukunftsland.**

Es ist fatal, wie die Bundesregierung der Zukunft hinterherhinkt. Sie hat es in 16 Jahren nicht geschafft, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ihre Förderpolitik an den sich beschleunigenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auszurichten – vom Artensterben über die Klimakrise bis hin zu Zoonosen. Mit der ewigen Wiederauflage der Hightech-Strategie hält sie an einem überholten Innovationsverständnis fest. Bis heute gibt es kein ernstzunehmendes Monitoring zu den Missionen der Hightech-Strategie und deren Erfüllungsstand und Wirksamkeit. Sie bleibt ein Sammelsurium einzelner Themen und Projekte, ohne dass strategisch die Prioritäten und Umsetzung geplant oder entschieden werden.

Statt alle Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mutige und visionäre Missionen anzupacken, pflegt die Bundesregierung die Mühlen der Förderbürokratie. Die Agentur für Sprunginnovationen wurde zwar gegründet, doch ohne ausreichende Freiheit, Unabhängigkeit und Flexibilität wird sie seit Beginn ausgebremst. Wichtige Spitzentechnologien wie die Batteriefertigung werden erst gefördert, wenn Unternehmen aus der ganzen Welt längst ihre eigenen Werke bei uns bauen.

Damit setzen wir die Wertschöpfung der heimischen Industrie aufs Spiel und gefährden unsere technologische Souveränität.

Die Strategie für Künstliche Intelligenz wird zwischen den Ministerien zerrieben, statt Gestaltungskraft zu entfachen. Hightech-Startups aus der Wissenschaft müssen auch heute noch gegen gründungs- und transferfeindliche Rahmenbedingungen und einen eklatanten Mangel an Risikokapital ankämpfen. Die Anzahl der Gründungen ist seit Jahren äußerst gering und bleibt im internationalen Vergleich unbefriedigend.

Die fehlenden Ambitionen der Bundesregierung führen auch zu einer Regulierung, die gerade nicht zu langfristigen und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen und der notwendigen Rechtssicherheit für alle Beteiligten beiträgt. Zukunftsbranchen wie die Wind- und Solarenergiebranche, die Deutschland einst zum Vorreiter bei der Energiewende machten, wurden durch immer neue Hürden beim Ausbau und dem Festhalten an alten Strukturen ins Ausland getrieben. Mittlerweile ist Deutschland im internationalen Wettbewerb um Klimaschutztechnologien weit zurückgefallen.

Die für die Zukunft maßgebliche Gestaltung der Digitalisierung lahmt auch unter dieser Bundesregierung. Infrastrukturelle Voraussetzungen wie Breitbandausbau, E-Government oder Open Data treten auf der Stelle und das Zuständigkeitschaos auf exekutiver Seite hält an. Ob beim Vectoring, der Absage an das Prinzip der Netzneutralität oder das Leistungsschutzrecht – gerade im Digitalbereich war die bisherige Politik der Bundesregierung häufig extrem innovationshemmend.

Den Krisen der Gegenwart können wir nicht mit der verstaubten Förderlogik der Vergangenheit begegnen. Spätestens mit der Corona-Pandemie treten diese Schwächen schonungslos zu Tage. Die Forschungs- und Innovationsförderung muss grundlegend überarbeitet werden, um Forschenden in Hochschulen, Forschungseinrichtungen, in der Zivilgesellschaft, in Startups und Unternehmen Flexibilität und Freiräume zu geben. Nur so schaffen wir Raum für echte Durchbrüche und sind den großen Herausforderungen einen Schritt voraus. Klimakrise, Corona-Pandemie und steigender Druck auf die demokratische Gesellschaft machen schnelles und wirksames Handeln notwendig.

Mit dem **Zukunftsland** treten wir den Krisen unserer Zeit entgegen und verfolgen konsequent die globalen Nachhaltigkeitsziele. Das Zukunftsland setzt auf die Innovationskraft und Vielfalt der gesamten Gesellschaft für einen nachhaltigen Wandel. Es bietet den dynamischen Rahmen, den kluge Köpfe aus aller Welt für die Umsetzung ihrer Ideen brauchen. Es erfordert eine Verwaltung, die die offene, kollaborative Arbeitsweise in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft versteht und unterstützt.

## **1. Mit mutigen Missionen in eine nachhaltige Zukunft**

Die vor uns liegenden Herausforderungen wie Klimakrise, Artensterben, Gesundheitsrisiken und Digitalisierung sind so gewaltig und komplex, dass es eine gezielt auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Innovations- und Forschungspolitik braucht, um den sozial-ökologischen Wandel schnell und entschlossen zu vollziehen.

Dafür wollen wir eine missionsorientierte Forschungspolitik entlang der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) gestalten. Ob klimaneutrale Industrien, eine Kreislaufwirtschaft ohne Müll oder eine grundlegend ökologisierte Landwirtschaft – nur mit ambitionierten Missionen und neuen Formen der Zusammenarbeit werden wir die großen gesellschaftlichen Herausforderungen tatsächlich lösen können. Dabei verstehen wir das Vorsorgeprinzip als Treiber für nachhaltige Innovationen.

Damit der gesamtgesellschaftliche Wandel gelingt, braucht es viel mehr. Durch eine kluge Ordnungspolitik und marktwirtschaftliche Anreize – wie beispielsweise einen wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis – schaffen wir planbare und innovationsfördernde Rahmenbedingungen, die dazu beitragen, technologische Entdeckungen in gesellschaftlichen Fortschritt zu übersetzen.

Dazu wollen wir:

- **innovationsfördernde ordnungspolitische und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen** setzen, indem Deutschland und Europa einen – in der Höhe angemessenen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis – sowohl im europäischen Emissionshandel als auch außerhalb festlegen, der erkennbar im Laufe der Zeit weiter ansteigt und so Planbarkeit für die Wirtschaft sicherstellt.
- die Hightech-Strategie durch **ehrgeizige Missionen zu einer ganzheitlichen Zukunftsstrategie** weiterentwickeln, mit dem klaren Ziel, die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030 zu erreichen. In breit angelegten Partizipationsverfahren sollen diese Missionen mit konkreten Zielsetzungen mit messbaren Zwischenzielen definiert werden. Dafür müssen Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft – neben Wissenschaft und Wirtschaft – transparent und mit klaren Zuständigkeiten in die Foren und Beratungsgremien des Bundes eingebunden werden. Die daraus abgeleiteten Forschungs- und Umsetzungsprojekte sind inter- und transdisziplinär ausgerichtet und erstrecken sich von der Grundlagenforschung bis zur breiten Anwendung. Für die administrative Begleitung der Missionen gilt es agile, ministeriumsübergreifende Strukturen mit eigener Entscheidungskompetenz und Budgethoheit zu schaffen. Transparenz muss dabei gewahrt bleiben. Die Zukunftsstrategie soll eng mit dem europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe verzahnt werden und selbst die europäische und internationale Kooperation in Wissenschaft und Forschung vorantreiben.
- **Deutschland und Europa zum Vorreiter klimaneutraler Industrietechnologien machen.** Wir sind Industriestandort und wollen es auch in Zukunft sein. Wir wollen energieintensive Industrien, wie beispielsweise Stahl, Chemie und Zement zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. So bekämpfen wir die Klimakrise und machen gleichzeitig den deutschen Industriestandort fit für die Zukunft. Mit Investitionszuschüssen, einer degressiven Abschreibung und Klimaverträgen (Carbon Contract for Difference) unterstützen wir direkt die Transformation und sorgen für Investitionssicherheit. Leitmärkte für CO<sub>2</sub>-freie Produkte wollen wir mit Quoten für den Anteil CO<sub>2</sub>-neutraler Grundstoffe voranbringen (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/26911](#)).
- ein **Rahmenprogramm zur Klima- und Klimafolgenforschung** beschließen, das ressortübergreifend alle Förderaktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klima und Klimafolgenforschung verknüpft, bündelt, weiterentwickelt und stärkt. Dieses soll gezielt inter- und transdisziplinäre Forschungsansätze vorantreiben. Die Forschungsagenda soll zudem im Co-Design zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung erarbeitet und beispielsweise im Rahmen von Reallaboren für den Klimaschutz kooperativ umgesetzt werden (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/5816](#)).
- Hochschulen, Forschungseinrichtungen und ihre wirtschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Partnerschaften als Reallabore des Wandels umfassend stärken und so beispielhafte Lösungen für klima- und ressourcenschonende Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweisen entwickeln. Dazu soll ein **mehrwähriges Förderprogramm „Klimaneutralität in Wissenschaft und Forschung“** aufgelegt werden, welches wissenschaftliche Einrichtungen zu transformativen Lehr- und Forschungsorten und bereits vor 2040 klimaneutral macht (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/28364](#)).
- verstärkt **bürgerwissenschaftliche Forschungsvorhaben und dauerhaft etablierter Institutionen (wie etwa Wissenschaftsläden) fördern.** Durch Kooperationen von Forschungseinrich-

tungen und Hochschulen mit Schulen, Museen, Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen können neue Gruppen erreicht und begeistert werden, die vorher wenig Kontakt zur akademischen Welt hatten (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/4857](#)).

## 2. Zukunft braucht Digitalisierung und neue Verwaltungskultur

Digitalisierung ist nicht alles, aber fehlende oder mangelhafte Digitalisierung verhindert Innovation. Ohne die notwendige Infrastruktur wird keine Vision Wirklichkeit. Der stockende Breitbandausbau, mangelhafte Mobilfunkabdeckung, die ungenügende digitale Ausstattung von Schulen und nicht-digitalisierte Verwaltungsangebote sind große Hemmnisse und bremsen uns auf dem Weg zum Zukunftsland. Leistungsfähige Internetzugänge stellen die zwingende Voraussetzung für digitale Anwendungen in Verwaltung, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik dar. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung, um die vielen Versäumnisse der Digitalpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte aufzuholen und die digitale Transformation schnell, sozial verträglich und ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Es kommt jetzt darauf an, umgehend die technischen, finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für digitale Lösungen voranzutreiben, um Verwaltung für die Bürger\*innen schneller und besser zu machen. Dafür brauchen wir auch einen grundlegenden Wandel unserer Verwaltungskultur und -struktur. Vom Bremsen der digitalen Transformation müssen unsere Behörden zu agilen Ermöglicern werden. Neue Innovationsstrukturen in Bundesministerien und -behörden, Beschäftigte aus den unterschiedlichsten Disziplinen, vielfältige Karrierewege zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, flexiblere Portabilität von Versorgungsansprüchen, Tandem-Programme und eine Willkommenskultur für berufliche Quereinsteiger\*innen in die öffentliche Verwaltung sind dafür essentielle Voraussetzungen.

Dazu wollen wir:

- mit einer **interdisziplinären Technologie Task-Force (TTF)**, angesiedelt am Bundeskanzleramt, einen zentralen Ansprechpartner des Bundes für Innovator\*innen und Technologie-Entwickler\*innen schaffen, um vielversprechende Ideen kurzfristig und umgehend in die Anwendung zu bringen und sie dafür organisatorisch zu unterstützen. Für die Umsetzung von Projektideen soll die TTF auf ein Digitalbudget zurückgreifen können (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/21266](#)).
- zusätzlich zu den in den Ministerien veranschlagten Haushaltsposten, ein **Digitalbudget** schaffen. Hierauf können sich alle Ministerien mit innovativen Projektideen bewerben, und zwar sowohl einzeln als auch in Kooperation mit einem oder mehreren anderen Ressorts. Die Entscheidung über die konkrete Mittelvergabe erfolgt auf Empfehlung der TTF durch das Digitalkabinet.
- die Grundlage für eine konsequente **nachhaltige und dynamische öffentliche Beschaffung schaffen**, indem elektronische Produktpässe, in denen für jedes Produkt Daten zur Nachhaltigkeit und Kreislauf-tauglichkeit hinterlegt sind, bis 2030 flächendeckend eingeführt werden. Die dafür notwendige Umstellung in Unternehmen wird über vier Jahre gefördert. Offene Standards wie Open Source Software können langfristige Innovationen erleichtern. Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien werden wir so anpassen, dass möglichst offene Standards und ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen. Startups sollen in der öffentlichen Vergabe stärker einbezogen und dafür Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung vereinfacht und flexibler gestaltet werden.
- Chancen der Digitalisierung für eine **neue Innovations- und Agilitätskultur** in der gesamten Bundesverwaltung nutzen und in allen Bundesministerien **Innovationsteams** einrichten. Diese

sollen als freie Einheiten quer zu den Hierarchieebenen agieren, interdisziplinär besetzt sein und für neue Kooperationen mit anderen Akteur\*innen aus Verwaltung, Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft verantwortlich sein. Diese arbeiten kreativ, ergebnisoffen und lassen unterschiedliche Perspektiven in ihre Arbeit einfließen.

Durch Weiterbildungsangebote sollen moderne Arbeitsweisen, relevante Zukunfts- und Gestaltungskompetenzen sowie deren Integrierung in den Arbeitsalltag auf allen Ebenen erreicht werden. Neben dem existierenden IT-Beauftragten des Bundes (CIO), der IT-Prozesse steuert, brauchen wir Chief Digital Officers (CDO) für den Bund. Als Träger von digitalen Innovationen treiben sie die Digitalisierung in den Bundesministerien und der -verwaltung voran. Auch durch eigenverantwortliche Reallabore erkunden sie technologische Potentiale und überführen diese im Erfolgsfall in den Regelbetrieb.

- **die Innovationsförderung flexibilisieren und dynamisieren.** Wir wollen auch in der Innovationsförderung agiler werden, die Kultur des Ausprobierens weiter stärken und die Innovationsakteure in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – wo immer nötig – von allzu einengenden Förderbestimmungen befreien. Es braucht nicht möglichst viele, sondern passgenaue und einfach zugängliche Förderprogramme.
- die Vermittlung von **digitalen und Medienkompetenzen** in den Schulen, der politischen Bildung und als Aufgabe der Jugendhilfe sowie der Erwachsenenbildung stärken, Schulen und andere Bildungseinrichtungen modernisieren, ausrüsten und das Personal fortbilden. Eine neue Lernkultur muss das Entdecken fördern anstatt das Scheitern zu sanktionieren. Mit einer Bundeszentrale für digitale und Medienbildung wollen wir den nötigen Kompetenzaufbau bundesweit vorantreiben (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/18729](#)).
- den **Hochschulen einen Digitalisierungsschub** geben. Mit einer Digitalisierungspauschale wollen wir es als Bund den Hochschulen ermöglichen, selbstbestimmt in den Ausbau und Unterhalt ihrer digitalen Infrastruktur, ihrer digitalen Lehr- und Lernangebote und ihre Hochschuldidaktik zu investieren.
- den **Zugang zu Forschungsdaten** erweitern und das Teilen von Daten ermöglichen. Beim Aufbau von deutschen und europäischen Dateninfrastrukturen in Forschung, Wirtschaft und Verwaltung – wie NFDI, EOSC und GAIA-X – wollen wir von Beginn an gemeinsame, offene Standards und Schnittstellen sicherstellen, diese dauerhaft finanzieren und die Fachkräftebasis ausbauen, um diese Dateninfrastrukturen aufzubauen und instand zu halten. Zudem sollen öffentliche Daten für Forschung zugänglich gemacht und kooperative Modelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft – wie beispielsweise „Datentreuhandstellen“ – entwickelt werden.
- **Open Government und Open Data** endlich vorantreiben, indem unter anderem Verwaltungsleistungen vorrangig digital abgewickelt werden, (Digital-by-Default), quelloffene Software (Open Source) bei öffentlichen IT-Projekten vorrangig genutzt wird und ein bundesweites Transparenzgesetz mit proaktiver Open-Data-Pflicht vorgelegt wird und offene Standards und offene digitale Ökosysteme gefördert werden.

### 3. Ideen für die Zukunft entstehen in vielfältigen Innovationsökosystemen

Wenn Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, entstehen ganz neue, kreative Ideen für die Verkehrswende, die Kreislaufwirtschaft, den Umweltschutz oder das gesell-

schaftliche Miteinander. In Innovationsökosystemen können vielversprechende Lösungen schneller identifiziert und in die Anwendung gebracht werden. Solche dynamischen Innovationsnetzwerke brauchen wir in der Fläche, um das Potential regional verankerter Hochschulen, exzellenter Forschungseinrichtungen, innovativer Startups, forschungsstarker Industrie- und Technologieunternehmen und der starken kleinen und mittelständischen Unternehmen zur vollen Entfaltung zu bringen. Regionale Verdichtung der Kompetenzen stärkt das Land und die Region vor Ort. Der innovative und international wettbewerbsfähige Mittelstand spielt dabei eine wichtige Rolle. Hier entstehen schon heute die Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft.

Denn aus der exzellenten und thematisch breit aufgestellten Grundlagenforschung gelangen hierzulande noch zu wenige Innovationen in die praktische Anwendung. Nach wie vor gibt es kaum Ausgründungen aus der Wissenschaft, die Innovationsausgaben des Mittelstands sind rückläufig – ein Trend, den die Corona-Krise zusätzlich verstärkt. Eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft bleibt die Ausnahme.

Das Zukunftsland lebt von Beteiligung und Dialog. Durch Citizen Science oder der Beteiligung von Bürger\*innen in Experimentierräumen wird die Innovationskraft einer gesamten Gesellschaft gehoben und das Vertrauen in Forschung und Innovation gestärkt. Die Beiträge aus der Zivilgesellschaft können zur Identifizierung und Verbesserung von Innovationen beitragen und gesellschaftliche Folgen lassen sich so früher erkennen. Dabei müssen durch verbindliche Qualitätsstandards „Scheinpartizipation“ ausgeschlossen und alle Partner gleichberechtigt miteinbezogen werden.

Darum wollen wir:

- eine **eigenständige, nationale Agentur zur Förderung von Innovation, Wissens- und Technologietransfer, die D.Innova**, gründen. Wir wollen mit einer neuen Innovationsagentur nach europäischen Vorbildern wie der schweizerischen Innosuisse oder der schwedischen Vinnova insbesondere die Förderung regionaler Innovationsökosysteme konsequent stärken. Damit schließen wir eine strukturelle Lücke in der Förderlandschaft für anwendungsbezogene Forschung und fördern regionale Innovationsnetzwerke systematisch, dauerhaft, akteursoffen und flexibel – von Aachen bis Anklam, von Flensburg bis Füssen. Die D.Innova arbeitet auf Grundlage eines umfassenden Innovationsverständnisses.
- über die D.Innova **proaktiv das Innovationsgeschehen gestalten** und bereits heute zukünftige Innovationsökosysteme aufbauen. Dazu sollen Innovationsmanager\*innen in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschafts- und Wissenschaftsnetzwerken initiativ mögliche Partner ansprechen und in neuen Kooperationsverbänden vernetzen. Mit einer solchen regionalen Push-Förderung durch erfahrene Persönlichkeiten kann insbesondere in strukturschwachen Regionen gezielt noch nicht gehobenes Innovationspotential an Hochschulen, in Unternehmen und der Breite der Gesellschaft aufgespürt und verstärkt werden.
- groß angelegte **Experimentierräume und Reallabore** zu einem anerkannten Modus der Innovationsförderung weiterentwickeln. Wir wollen ganze Städte und Regionen als Experimentierräume fördern, um dort ganzheitliche und substantielle Veränderungen im Sinne einer umwelt- und klimagerechten Transformation zu ermöglichen, zum Beispiel um die Mobilität der Zukunft konkret zu erproben statt nur als fernes Szenario zu diskutieren (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/3160](#)).
- **inter- und transdisziplinäre Forschung mit Beteiligung der Zivilgesellschaft** durch eine Förderlinie ausbauen und die Möglichkeit transdisziplinärer Forschungsmodi insgesamt stärken.

Ein effektives Mittel stellt dabei die Möglichkeit dar, als Wissenschaftler\*in zu Fort- und Weiterbildung in Methoden transdisziplinärer Forschung teilzunehmen, die wir fördern wollen (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/4857](#)).

- das **Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)** und die **Industrielle Gemeinschaftsförderung (IGF)** weiterentwickeln, ausbauen und stärker international ausrichten, um Unternehmen zu verstärkten Innovationsaktivitäten zu ermuntern und wirtschaftlich zu stärken.
- die **steuerliche Forschungsförderung** zu einem wirkungsvollen, bürokratiearmen Förderinstrument für innovative Startups und forschende kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) weiterentwickeln, die Förderung für KMUs anheben und zeitnah auf ihre Wirksamkeit evaluieren.

#### 4. Zukunftstechnologien gezielt stärken – europäische Souveränität erreichen

Ob Künstliche Intelligenz, Quantencomputer oder Biotechnologie, ob Mikroelektronik, Batterietechnologien, Kleinsatelliten und New Space oder Wasserstoff: Diese und viele weitere disruptive Technologien verändern unser Leben – heute schon und in der Zukunft noch sehr viel stärker. Diese gewaltigen technologischen Umbrüche wollen wir Grüne proaktiv mitgestalten – zum Wohl von Mensch und Umwelt. Wir Europäer\*innen müssen technologisch und digital souverän werden und Technologien nach unseren Werten gestalten, dabei aber gleichzeitig den offenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch mit Regionen, die ähnliche Werte vertreten, ob im transatlantischen oder im pazifischen Raum, ausbauen. Bei allen Technologien muss der politische Kompass zum Umgang mit diesen sein, einerseits die Freiheit der Forschung zu gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht die Technologie selbst, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Wir möchten einen europäischen Weg beschreiten und wollen dafür die europäische Forschung stärker fördern und länderübergreifend interdisziplinär vernetzen.

Dafür müssen wir beste Forschungsbedingungen bieten sowie für einen erfolgreichen und dynamischen Transfer in Dienstleistungen und Produkte sorgen. Ausgründungen aus der Wissenschaft sind entscheidend, um Sprunginnovationen in die Anwendung zu bringen. Wir brauchen veränderte Rahmenbedingungen, damit aus Hightech-Startups in Deutschland und Europa internationale Champions werden können.

Darum wollen wir:

- die freiheitliche, erkenntnisgetriebene **Grundlagenforschung national und europäisch** weiter stärken. Wissenschaftsfreiheit muss auch materiell unterlegt sein und darum braucht es eine verlässliche, starke Grundfinanzierung unserer Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- in Deutschland **technologiespezifische nationale Zentren relevanter Größe** in wettbewerblichen Verfahren auswählen, aufbauen und dabei Innovationsakteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft vernetzen. Quantentechnologien, Künstliche Intelligenz, Technologien für Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie sind dafür erste wichtige Felder. Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die dringend benötigten Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das, für Spitzenwissenschaftler\*innen auch Spitzengehälter zu zahlen.
- **europäische Forschungsnetzwerke** schaffen, um exzellente Spitzenforschung europaweit in einem Verbund zusammenzuführen, beispielsweise nach dem Vorbild des European Molecular Bi-

ology Laboratory (EMBL). Diese sollen in großer institutioneller und finanzieller Freiheit und Flexibilität zu globalen Innovationsleuchttürmen auf ihrem Gebiet werden und weltweit die besten Talente anziehen. Die Standorte sind dabei in einem wettbewerblichen Verfahren nach wissenschaftlichen Kriterien auszuwählen.

- gezielt in den **Aufbau von Lehr- und Forschungskapazitäten** an den Hochschulen investieren, um die nötigen Studienplatzkapazitäten und den Raum für gesellschaftliche Reflexion für die künftigen Wissenschaftler\*innen, Fachkräfte und Gründer\*innen zu schaffen.
- die **Agentur für Sprunginnovation (SPRIND)** politisch unabhängiger und institutionell flexibler ausgestalten. Wo immer nötig wollen wir bürokratische Hürden abbauen, damit SPRIND wirkungsvoll und effizient Projekte und Ideen mit Sprunginnovationspotential fördern kann. SPRIND soll zum Treiber europäischer Sprunginnovationen werden.
- die **Technikfolgen-, Bevölkerungsschutz- und Sicherheitsforschung** stärken, um unsere Gesellschaft resilienter zu machen und neue Risiken frühzeitig zu erkennen. Dazu wollen wir von bestehenden Strukturen ausgehen, die interdisziplinäre Forschung ausbauen und die europäische Vernetzung voranbringen.

## 5. Zukunft baut auf Gründungskultur - Ausgründungen aus der Wissenschaft stärken

Gründer\*innen sind zentrale Treiber\*innen des sozial-ökologischen Wandels und wichtige Jobmotoren. Leider hinkt Deutschland seit vielen Jahren den internationalen Entwicklungen hinterher, insbesondere im Vergleich zu den USA, China oder Israel. Die Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen bewegen sich weiter auf niedrigem Niveau und Wagniskapital ist begrenzt. Für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Innovationspolitik wollen wir Gründer\*innen und Startups beste Voraussetzungen bieten. Offenheit und Attraktivität für die weltweit klügsten Köpfe sind dabei entscheidende Voraussetzungen.

Wer eine Gründungskultur mit Leben füllen will, muss Unternehmertum und unternehmerisches Denken auch in der Bildung berücksichtigen. Mit einer besseren Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft sowie der fächerübergreifenden Vermittlung von Entrepreneurship wollen wir noch mehr Interesse an Unternehmer- und Gründertum wecken.

Dazu wollen wir:

- **in Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine neue Gründungskultur etablieren.** Wir wollen zusätzliche Angebote schaffen und Gründungskompetenzen verstärkt in verschiedenen Studiengängen und extra-curricularen Bildungsangeboten verankern, Gründungen zum Chef\*innen-Thema machen und mit der stillen Beteiligung im einstelligen Bereich als neuem Standard Ausgründungen vereinfachen und beschleunigen. Bestehende Gründungszentren sollen gestärkt und – wo nötig – zusätzliche geschaffen werden.
- **Förderprogramme ausbauen, thematisch breiter aufstellen und risikoreicher ausrichten,** indem wir bestehende Programme wie EXIST und GO Bio ausbauen und erweitern, neue Fördermöglichkeiten für Social Entrepreneurship schaffen und ein zinsloses und unbürokratisches Gründungskapital von bis zu 25.000€ einführen.
- **Diversität fördern und Gründerinnen stärken.** Wir wollen einen Fonds für Gründungen von Frauen aufzusetzen, welcher ausschließlich in Startups investiert, deren aktives Gründungsteam



mindestens zur Hälfte aus Frauen besteht. In Gründungszentren wollen wir die Gender- und Diversitykompetenz ausbauen und uns für möglichst paritätisch besetzte Gremien bei staatlichen Risikokapitalfonds einsetzen. Als Einwanderungsgesellschaft wollen wir Menschen mit Migrationsgeschichte besonders stärken.

- **Wachstumsfinanzierung ausbauen und Wagniskapital eine Richtung geben.** Ein staatlicher Wagniskapitalfonds kann helfen, unseren Gründer\*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, mehr und schneller zu investieren. Es geht aber auch darum, Kapital eine Richtung zu geben. Der Zukunftsfonds muss vorrangig nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, insbesondere in Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life Science, deren mitunter hoher Kapitalbedarf kaum Aussicht auf Finanzierung am Markt hat. Durch Anreize und verbesserte Rahmenbedingungen wollen wir verstärkt das Anlagevermögen deutscher Versicherer in Billionenhöhe für den Risikokapitalmarkt mobilisieren.
- **Rahmenbedingungen verbessern.** Den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen wollen wir spürbar anheben und die rechtlichen Rahmenbedingungen für Gründer\*innen verbessern.
- **Mehr Europa wagen,** indem wir endlich den integrierten EU-Wagniskapitalmarkt verwirklichen wollen, mit einem europäischen Startup-Pass jungen Unternehmen grenzüberschreitendes Wachstum ermöglichen und durch ein europäisches Startup-Visum weltweit die besten Talente nach Europa locken und ihnen bei uns eine zweite Heimat geben.

## 6. Sozialen Innovationen zum Durchbruch verhelfen

Eine an den globalen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtete Innovationspolitik sollte neben kapitalmarktgetriebene Unternehmen auch weitere Organisationsformen in den Blick nehmen. Ob als Genossenschaft, gemeinnütziger Verein oder gGmbH: Soziale und ökologische Innovator\*innen in unterschiedlichsten Organisationsformen nehmen eine Schlüsselfunktion ein, um die großen Klima- und Nachhaltigkeitsherausforderungen zu bewältigen. Diese auch Social Entrepreneurships genannten Organisationen räumen sozialen oder ökologischen Zielen gegenüber reinen Renditezielen eine höhere Priorität ein, ohne dabei auf eine solide Unternehmensführung zu verzichten. Mit ihrer Innovationskraft leisten viele von ihnen wichtige Pionierarbeit zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Und ihre Bedeutung wächst stetig an. Schon heute ordnen sich fast die Hälfte (42,6%) der deutschen Startups dem sozialen Unternehmertum zu (Deutscher Startup Monitor 2020).

Die aktuelle Innovationsförderung fördert diese nicht auf pures Renditestreben ausgerichteten Unternehmen allerdings nur begrenzt. Es bedarf einer grundlegend neuen Wertschätzung und ganz neuer Förderinstrumente auf allen Ebenen. Im Kampf gegen Krisen ist die Ausrichtung auf soziale und ökologische Resilienz entscheidend und entsprechend entschlossen sollte auch die Förderung dieser Innovationen sein.

Dazu wollen wir:

- eine **unabhängige gemeinnützige „Innovationsstiftung für Nachhaltigkeit und soziale digitale Anwendung“ (INSDA)** ins Leben rufen, um Anwendungen im Bereich Nachhaltigkeit und soziale Innovationen zu fördern und gemeinwohlorientierte Innovator\*innen in Zivilgesellschaft und Unternehmen zu stärken (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/5667](#)).

- einen **Aufbruch für Sozialunternehmertum bzw. Social Entrepreneurship initiieren**. Wir wollen regionale Gründungszentren, bundesweite Akademien und Netzwerke für Social Entrepreneurship gezielt fördern, um Beratungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsleistungen zu erweitern und soziale/nichttechnische Innovationen in der Breite der Innovationsförderung förderfähig zu machen (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/8567](#)).
- **Genossenschaften in ihrer Rolle als Treiber sozialer Innovationen fördern**, indem wir passende Fördermaßnahmen schaffen und Existenzförderprogramme für Genossenschaften einrichten, z. B. um die Kosten einer Gründungsprüfung ganz oder teilweise aufzufangen.
- einen **Social Impact Fonds** ins Leben rufen, der als Frühphasen Investor als Pendant zum Technologie-fokussierten High-Tech-Gründerfonds in Organisationen und Unternehmen investiert, die neben einer positiven finanziellen Rendite in erster Linie messbare, positive Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft erzielen. Dazu wollen wir insbesondere nicht genutzte Guthaben auf namenlosen Konten nutzen, sofern keine Erbansprüche vorhanden sind.

## 7. Kommunikation mit und in die Gesellschaft – gemeinsam und miteinander

Die Bedeutung von Kommunikation über wissenschaftliche Erkenntnisse ist spätestens mit der Corona-Pandemie noch sichtbarer geworden. Es braucht niederschwellige und breite Formate, wo Wissenschaft für alle erlebbar wird und Erkenntnisse in der Breite und barrierefrei vermittelt werden. Dabei spielt ein hochqualitativer Wissenschaftsjournalismus eine entscheidende Rolle, um Inhalte allgemeinverständlich aufzuarbeiten.

Dazu wollen wir:

- **Wissenschaftskommunikation fördern**. Dazu soll die Programmforschung des Bundes durch eine fakultative Komponente der Wissenschaftskommunikation ergänzt, die Forschung über Wissenschaftskommunikation ausgebaut und reale wie digitale Orte der Wissenschaftskommunikation gestärkt werden (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/20041](#)).
- **neue Formate in Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus initiieren**. Wir wollen prüfen, inwiefern ein unabhängiger und innovativer Wissenschaftsjournalismus unter Beachtung aller relevanten verfassungsrechtlichen Vorgaben durch den Bund gefördert werden kann. Sofern rechtlich zulässig, soll eine Fördereinrichtung - mit einem Höchstmaß an Unabhängigkeit von Staat und Parteien - neue wissenschaftskommunikative Projekte fördern und dabei als Experimentierfeld für qualitativ hochwertige, insbesondere digitaler Formate dienen. Zudem soll die Programmforschung des Bundes durch fakultative Komponente der Wissenschaftskommunikation gestärkt, die Forschung über Wissenschaftskommunikation ausgebaut und reale wie digitale Orte der Wissenschaftskommunikation gestärkt werden (vgl. [Bundestagsdrucksache 19/20041](#)).